Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 219 | Wilhelmshaven | Juli 2006

Wohin das Wasser geht ...

...dahin geht der Fisch. Wilhelmshavens OB Menzel spielt alle Rollen und tanzt auf allen Hochzeiten – wie unsere Foto-Presseschau des letzten Monats beweist. Siehe auch Seite 10 bis 12

Aus

Auch in diesem Monat wieder ein Fußballbegriff als Headline. Doch das "Aus" finden Sie auch in vielen Artikeln unserer Juli-Ausgabe wieder. Zum Beispiel in unserem Artikel auf der Seite 3, in dem es um die "skandalöse Rechtsauffassung" des Wilhelmshavener Job-Centers geht.

Das "Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende" – verabschiedet am 01.06.06 – soll laut Vizekanzler Müntefering sicherstellen, dass nur diejenigen Leistungen nach Hartz IV bekommen, die sie wirklich brauchen. Was das heißt, können Sie auf unserer Seite 4 nachlesen.

Was war in letzter Zeit schulpolitisch los? Diese Frage stellen wir uns auf Seite 5. Da hat sich dann doch so einiges angesammelt. Doch lesen Sie selber.

Eine ordentliche Breitseite gegen die JadeWeserPort-Planungen schlägt den Vordenkern des Containerhafens in die Flanke. Unser Mitarbeiter hat den letzten Erörterungstermin aktiv mitgestaltet. Dass er weiß, wovon er redet, beweisen wir auf Seite 6.

Übers Point haben wir lange nichts berichtet. Nach dem Tod von Albert Friedel hat der ehemalige Leiter des Jugendamtes, Klaus Jürjens, den Verein übernommen. Eine erste Bewertung finden Sie auf Seite 8.

Sportlich wird es auf Seite 10. Wir haben uns die letzte Ratssitzung aus dem Blickwinkel eines Fußballschiedsrichters angesehen. Wer da alles eine gelbe oder rote Karte bekam, welche Fouls ungeahndet blieben – Sie erfahren alles auf Seite 10. Ratssplitter!

Viele Leserinnen und Leser vermissen die Betrachtung Wilhelmshavener Geschehnisse durch unsere Theda. Nun hat ihre Schwester Edda Kontakt mit Theda aufgenommen und bringt sie auf Seite 12 erst einmal wieder auf den aktuellen Stand.

Nachrichten, Leserbriefe und Termine finden Sie wie immer quer durchs Heft verstreut. Noch mehr Informationen auch diesmal wieder unter

www.gegenwind-whv.de

meldungen

Alle Jahre wieder... ... kostet Schulbesuch viel Geld

(noa) Bald sind Sommerferien. Am 30. August beginnt das nächste Schuljahr. Und vorher müssen Eltern wieder tief in die Tasche greifen, um ihre Kinder für die Schule auszustatten. Bücher, Hefte, Stifte, eventuell ein neuer Ranzen... Und da stellt sich die Frage: Wer soll das bezahlen?
Die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld stehen wie im letzten Jahr ratlos vor dieser Frage. Im Hartz IV-Gesetz sind Schulbedarf und Lernmittel bei den einmaligen Leistungen nicht berücksichtigt. Die Ausgaben dafür sollen von der Regelleistung bestritten werden. Doch dafür reicht der Regelsatz nicht.
Das Sozialgericht Hannover hat im letzten Jahr in zwei Urteilen zumindest eine "darlehensweise Bedarfsdeckung" - also "auf Pump" - für Lernmittel und auch für einen Schulranzen beschlossen.
Die Arbeitslosenselbsthilfegruppen, so auch die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/ Friesland, sind ebenso wie zahlreiche Fachanwälte für Sozialrecht der Auffassung, dass Schulbedarf als nicht rückzahlbare Beihilfe bezahlt werden müsste. Sie raten deshalb allen betroffenen Eltern, einen Antrag auf eine einmalige, nicht rückzahlbare Beihilfe für die Beschaffung von Schulbedarf und Lernmitteln bei dem Job-Center zu stellen.
Bei Ablehnung ist ein Widerspruch notwendig. Wird auch dieser abgelehnt, ist dann im dritten Schritt Klage beim zuständigen Sozialgericht einzureichen.
Dies ist ein mühseliger und unter Umständen auch langwieriger Weg. Er könnte sich aber lohnen. Die ALI hilft bei der Antragstellung und allen weiteren Schritten.

Auch Schulbuchleihe kostet Geld!

Für Schulbücher gibt es für Bezieher von Leistungen nach ALG II, SGB VIII, SGB XII und nach Asylbewerberleistungsgesetz eine Befreiung von den Zahlungen bei der "entgeltlichen Ausleihe von Lernmitteln". Das geht so:
Beim Job-Center gibt es eine "Bescheinigung zur Vorlage bei der Schule für die unentgeltliche Ausleihe von Schulbüchern". Man sollte es möglichst bald im Original und für jedes schulpflichtige Kind einzeln ausstellen und unterschreiben lassen.
Diese Bescheinigung ist dann dem von der Schule ausgehändigten Formular: "Anmeldung/Erklärung zu der entgeltlichen Ausleihe von Lernmitteln" (mit einem Kreuz bei: "Ich bin im Schuljahr 2006/07 von der Zahlung des Entgelts für die Ausleihe befreit, weil ich leistungsberechtigt bin nach SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende – Arbeitslosengeld II") beizufügen.

Titelbild

Bilder aus: Wilhelmshavener Zeitung und NDR-Extra - Live-Übertragung des Zapfenstreichs vom Rathausplatz Wilhelmshaven

Abgebrochen

wurde eine Ölbekämpfungsübung auf der Jade. Der Grund für den Abbruch: Bei Windstärken von 6 bis 7 waren die Ölbekämpfer nicht in der Lage, ihren Job zu meistern.
Folgender Fall wurde durchgespielt: Bei einem an der NWO-Löschbrücke liegenden Tanker strömt aus einem Riss Öl in die Jade. Mit Hilfe von Ölsperren soll versucht werden, eine Ausbreitung des Öls zu verhindern.
Die Übung fand unter der Leitung des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) statt.
Schon der Versuch, die Ölsperre auszubringen, scheiterte – das imaginäre Öl ergoss sich ungehindert in die Jade und legte sich auf Wattflächen und Strände.
"Deshalb entschieden sich die Verantwortlichen dafür, die Übung abzubrechen. Stattdessen wurde kurzerhand in der (windgeschützten –hk-) 4. Einfahrt geübt." Laut WZ vom 17.Juni 2006 war die Übung dennoch lehrreich, schließlich habe man "für Einsätze bei diesen Wetterlagen wertvolle Erfahrungen" machen können.
Besondere Brisanz erhält diese Meldung durch die ja von allen so vehement herbeigesehnten Erweiterungen im Hafenbereich an der Jade, z.B. den geplanten Ausbau der Raffinerie durch die neuen Eigner – aber auch die anderen Maßnahmen wie die Erweiterung des Ineos-PVC-Werkes, Bau eines weiteren Kraftwerkes und schließlich auch den Bau des JadeWeserPorts.
All das sind Maßnahmen, durch die sich der Schiffsverkehr auf der Jade vervielfachen wird. Und mit der Zunahme des Schiffsverkehrs steigt natürlich auch die Gefahr von Havarien. Die Wahrscheinlichkeit eines Unfalles ist bei schlechtem Wetter sehr viel größer als bei Sonnenschein und Flaute.
Natürlich stellte diese Übung nicht das gesamte know-how der Ölbekämpfung an der Küste dar. Da gibt es ja noch die Mellum, für die solche Wetterlagen (hoffentlich) keine größeren Probleme darstellen – die Übung machte die Mängel der Ersthilfe, also der Hilfskräfte, die sofort vor Ort verfügbar sind, deutlich. Doch wo wird die Mellum sein, wenn es an der Jade zu einer größeren Havarie kommt? Zufällig in Wilhelmshaven oder gerade vor Portugals Küsten?
Auswirkungen eines Ölunfalls: *Einerseits werden die Möglichkeiten zum Ölabschöpfen auf dem Wasser durch ruhige Wetterlagen begünstigt, andererseits führen hohe Windgeschwindigkeiten zu einer turbulenten Meeresoberfläche mit der Folge, dass Ölfilme schnell dispergieren und abgebaut werden, damit reduziert sich die Gefährdung der Umwelt erheblich. (...)*
In ungeschützten Tidegebieten lagert sich das Öl normalerweise an der Oberfläche von feinporigen Sedimentschichten ab, ohne in tiefere Schichten einzudringen. In strömungsarmen geschützten Tidegewässern entstehen langfristige biologische Schäden. Das Entfernen der Ölverschmutzung ist fast unmöglich, es stößt auf größte Schwierigkeit und kann zusätzliche Schäden in der Umwelt verursachen. Es kann sein, dass das Öl über zehn oder mehr Jahre nicht oder nur unvollständig abgebaut wird, so dass langfristige schädliche Effekte im Ökosystem zu befürchten sind. (Quelle: Umweltbundesamt, Bedrohung der deutschen Küste durch Ölunfälle) (hk)

Der neueste Geniestreich aus dem Rathaus der Stadt Wilhelmshaven ist, dass die Feuerwehrmänner in Ihrer Bereitschaftszeit, in der sie „nichts" zu tun haben, Nebenjobs erfüllen sollen, um die Stadt zu entlasten, d.h. die Kosten zu senken und noch mehr zu sparen. All das, obwohl die Feuerwehr von Wilhelmshaven unterbesetzt ist und Überstunden nicht einmal abfeiern kann.
Solche Vorschläge können nur von Beratern kommen, die 75.000,00 Euro Honorar einfordern und auf ein völlig unterbelichtetes hilfloses Klientel *[Stadtvewaltung und Rat der Stadt Wilhelmshaven]* treffen und daraus Nachfolgeaufträge kreieren.
Wie verzweifelt muss ein Stadtparlament sein, um Berater zu engagieren, die solche Vorschläge unterbreiten und anscheinend nichts mehr merken? **Mehr kommunalpolitische Verfehlungen und weitere BASU-Informationen gibt es im Internet unter:**
www.basu-whv.de!
Am 10. September 2006 ist BASU-Tag und wir freuen uns auf Ihre Stimme und Ihre Mitarbeit.
BASU
FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN
BILDUNG | ARBEIT SOZIALES UMWELT
WWW.BASU-WHV.DE
BASU-TREFFEN: REGELMÄSSIG 2x IM MONAT, JEDEN 1. UND 3. MONTAG IN DER RUSCHEREI AB 19.00 UHR!
www.basu-whv.de

Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoch;
Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 05.07.2006

Gegenwind im Internet: www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Skandalöse Rechtsauffassung

Weiterhin handelt das Job-Center Wilhelmshaven willkürlich und missbräuchlich

(noa) Die ALI-Monatsversammlung am 13. Juni war so gut besucht wie schon lange keine mehr; zum ersten Mal seit Jahren drängten sich sogar Leute auf dem Flur um Stehplätze nahe der offenen Tür des Saales. Alfred Kroll, Fachanwalt für Sozialrecht aus Oldenburg, sprach über anderthalb Jahre Hartz IV.

Als Kroll im vergangenen April auf einer ALI-Versammlung gewesen war, hatte er feststellen müssen, dass das Job-Center der Arbeitsgemeinschaft aus Arbeits-Agentur und Stadt (ARGE) mit der Verwaltung der Langzeitarbeitslosigkeit völlig überfordert war, mit einer kümmerlichen Software und viel zu geringer Personalstärke falsche Bewilligungsbescheide ohne Ende produzierte. Von "Rechtsbruch, Missbrauch, Willkür" hatte Kroll damals berichtet (vgl. Gegenwind 207). Jetzt, über ein Jahr später, sieht es immer noch nicht besser aus. Und wenn ALG II-Empfänger nach erfolglosem Widerspruch gegen einen falschen Bescheid klagen, sieht es auch hier genauso aus wie im Jahr 1 von Hartz IV: Die Klagenflut konnte von den völlig überlasteten Sozialgerichten nicht bewältigt werden; mittlerweile sind die Richterstellen verdoppelt bis verdreifacht worden, doch es herrscht immer noch ein völliges Chaos.

Sozialer Rechtsstaat?

"Wenn man sich überlegt, dass es hier um das Existenzminimum geht – kann dann noch von sozialem Rechtsstaat die Rede sein?", fragt Kroll empört. Und mit Bezug auf die von Anfang an laufende und seit einiger Zeit verschärfte Hetzkampagne gegen die Hartz IV-Betroffenen ("Missbrauch von Sozialleistungen") und die unsägliche jüngste Äußerung von SPD-Chef Beck (man solle nicht alles beanspruchen, was man kriegen kann): "Es ist das gute Recht eines Jeden, Rechtsansprüche geltend zu machen! Becks Äußerung ist ein Armutszeugnis für den sozialen Rechtsstaat."

Der Zweck der Arbeitsmarkt"reform" Hartz IV war es, Geld zu sparen. Und das ist nicht gelungen. Allerorts versuchen die ARGEn bzw. – wo keine ARGE gegründet wurde - die Kommunen, sich dafür entschieden haben, die Langzeitarbeitslosigkeit allein zu verwalten ("optierende Kommunen"), die Ausgaben für Hartz IV zu senken. Das ist nicht möglich beim Regelsatz, denn der ist eindeutig festgelegt. "Sparen" kann die ARGE nur bei den Kosten der Unterkunft und der Heizung.

Das Job-Center Wilhelmshaven macht sich hier die etwas unklare Bestimmung im Gesetz zunutze. § 22 SGB II legt fest, dass neben dem Regelsatz die Kosten einer angemessenen Unterkunft in angemessener Höhe zu erstatten sind. Höchstens sechs Monate lang sollen auch "unangemessene" Unterkunftskosten von der ARGE getragen werden. Aus diesen sechs Monaten hat man in Wilhelmshaven in vielen Fällen drei gemacht. Die Anspruchsberechtigten wurden aufgefordert, ihre Mietkosten durch Verhandlungen mit dem Vermieter, durch Untervermietung oder durch Umzug zu senken, und schon nach drei Monaten wurde nicht mehr die volle Miete, sondern nur noch die Summe gezahlt, die sich das Job-Center als "angemessen" ausgedacht hatte. Ein Richter am Sozialgericht Oldenburg hat da mitgemacht, so dass die entsprechenden Fälle halt beim Landessozialgericht verhandelt und – zugunsten der KlägerInnen - entschieden wurden.

Schablonenhaftes Verfahren

"Es wäre interessant zu analysieren, wie viel Geld gespart worden wäre, wenn das Job-Center es gleich korrekt gemacht hätte", stellte Kroll in den Raum. Und was korrekt ist, ist gesetzlich definiert: Das SGB X enthält Bestimmungen darüber, wie ein Verwaltungsverfahren (und die Bewilligung und Bescheidung eines Alg II-Antrages ist ein Verwaltungsverfahren) zu laufen hat: Der Einzelfall muss geprüft werden. Die Besonderheiten des Einzelfalles interessieren das Job-Center Wilhelmshaven jedoch nicht. Ob jemand aufgrund einer Behinderung ebenerdig wohnen muss oder ob die Nähe zur Schule dafür spricht, in der etwas zu teuren Wohnung zu bleiben – egal, "das Job-Center entscheidet schablonenhaft und damit rechtswidrig und amtsmissbräuchlich." Kroll wusste zu berichten, dass das auch schon einige Richter "auf die Palme gebracht" hat.

"Sind die Sachbearbeiter im Job-Center unwissend – oder sind sie speziell darauf geschult, sich so zu verhalten?", fragte ein Versammlungsteilnehmer dazwischen. Dazu mochte Kroll sich nicht äußern. Es gab zu bedenken, dass es mangels höchstrichterlicher Rechtsprechung (vom Bundessozialgericht) noch keine Rechtssicherheit für die Behörden gibt. Werner Ahrens, Sozialberater der ALI, war vor einigen Monaten im Gespräch mit dem Gegenwind nicht so zurückhaltend in dieser Frage. Er sagte damals, dass nach seiner Einschätzung das hiesige Job-Center so lange rücksichtslos rechtswidrige Bescheide herausgeben wird, bis es eine höchstrichterliche Entscheidung gibt. Und Kroll am 13. Juni dazu: "Im Moment sparen sie ja Geld damit."

Alles dokumentieren!

Alfred Kroll berichtete der Versammlung über das Verfahren Anfang Mai, über das wir in der Ausgabe 218 im Artikel "Trickreich" geschrieben haben. "Die bislang übliche Rechtsprechung, derzufolge bei der Bewilligung der Kosten der Unterkunft die rechte Spalte der Wohngeldtabelle anzuwenden ist, ist ins Wanken gekommen", so wertet er die Überraschung, die ein Oldenburger Richter ihm und seinem Mandanten bereitet hat. Wenn die örtlichen Gegebenheiten eine geringere Miete rechtfertigen, so hatte dieser Richter ausgeführt, könne das Job-Center auch weniger als die in der Wohngeldtabelle vorgesehene Miete bewilligen. Die Recherchen, die die ALI Anfang Mai angestellt hatte (sh. "Das wird eng!" in Gegenwind 218), haben ihm und seinem Mandanten erst mal nichts genützt, weil die Vertreterin des Job-Centers eisern behauptet hatte, dass es in Wilhelmshaven billigeren Wohnraum gäbe. Auf Krolls Einwand, dass es sich dabei zu einem großen Teil um Wohnungen handelt, für die Kautionen oder Genossenschaftseinlagen zu entrichten sind, für die das Job-Center dann nicht aufkommen würde, sagte der Richter, das sei dann zu klären, wenn es soweit sei.

Kroll forderte die ALI-Mitglieder deshalb dringend auf, mitzuhelfen und der ALI über Wohnungen, die das Job-Center als "Hartz IV-tauglich" bezeichnet, zu berichten. Einen sachdienlichen Beitrag hierzu konnte ein Versammlungsteilnehmer gleich leisten: Er hatte sich um eine Wohnung bemüht, die auf der Liste des Job-Centers steht, und erfahren, dass die dort angegebenen Nebenkosten für eine Person berechnet seien. Für die zweite Person erhöhten sich die Nebenkosten, so dass die Wohnung insgesamt zu teuer (nach den Vorgaben des Job-Centers) wurde.

Ebenfalls genau dokumentieren sollten Alg II-Empfänger ihre Suche nach billigen Wohnungen. Es kam reichlich häufig vor, dass das Job-Center Leuten, die es zum Wohnungswechsel aufgefordert hatte, schon nach drei Monaten die Kosten der Unterkunft auf das von ihm als "angemessen" definierte Maß gesenkt hatte, weil diese sich angeblich nicht fleißig genug um eine billigere Wohnung bemüht hätten.

Amtsträger zur Rechenschaft ziehen

Einige VersammlungsteilnehmerInnen wollten wissen, was man tun kann, wenn das Job-Center sich rechtswidrig verhält. Nun, bei grober Fahrlässigkeit kann man ein Amtshaftungsverfahren anstrengen. Wenn z.B. der asthmakranke Herr L. (sh. hierzu Gegenwind 218, "Job-Center untätig"), dem das Job-Center einfach den über dem vom ihm willkürlich festgelegten Höchstsatz liegenden Mietanteil seit einem Dreivierteljahr nicht mehr erstattet, tatsächlich umzöge und dadurch schweren gesundheitlichen Schaden erlitte, könnte er

Weiter auf der nächsten Seite

Jonathan Naturkost

Ab in die Kiste!

Praktisch, gesund und lecker: Die Abo-Kiste - Obst und Gemüse jeden Mittwoch direkt an die Haustür

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Fortsetzung "Skandalöse Rechtsauffassung"

das Job-Center deswegen zur Rechenschaft ziehen. Da er sich diesen mit Sicherheit eintretenden Gesundheitsschaden wohl nicht antun will, wird er wohl in seiner Wohnung bleiben und weiterhin den ihm fehlenden Teil der Miete vorfinanzieren. 4 % Zinsen kann man in einem solchen Fall am Ende (sprich: wenn das Gerichtsverfahren abgeschlossen ist und man sein Recht bekommen hat) vom Job-Center verlangen. Es ist nur zu hoffen, dass alle Betroffenen jemanden finden, der ihnen zu so günstigen Zinsen das Geld leiht – die Banken wollen mehr.

Létat c'est moi

Alfred Kroll ist nur entsetzt darüber, wie das Job-Center mit seinen Kunden umgeht. "Meinen Sie, dass man so das Gesetz umgehen kann?", hat er neulich im Gerichtssaal die Mitarbeiterin des Rechtsamtes der Stadt Wilhelmshaven gefragt, die ihm nur mit einem Schulterzucken antwortete. Der Kollege aus Norden, der gelegentlich die ALI-Versammlungen besucht, hatte eine ausführlichere Antwort parat. Er berichtete, dass neulich der Geschäftsführer der ARGE Aurich/Norden im Gespräch mit dem ehemaligen Leiter des Sozialamtes gesagt habe, er sei das Gesetz und Urteile hätten ihn noch nie interessiert. Solche königlich-arroganten Sprüche sind bislang von den Verantwortlichen in Wilhelmshaven noch nicht überliefert, doch ihr Verhalten deutet in dieselbe Richtung.

"Das ist rechtswidrig!"

Eine Versammlungsteilnehmerin berichtete von einem Fall, in dem das Job-Center einer Familie das Kindergeld, das beantragt, aber noch nicht ausgezahlt ist, als Einkommen angerechnet und das Alg II entsprechend gekürzt hat. "Das ist rechtswidrig", erklärte Kroll. Das Job-Center kann sich mit der Kindergeldstelle – die ja bekanntlich auch personell denkbar schlecht ausgestattet und deshalb total überlastet ist und die Familien deshalb lange, lange auf das Kindergeld warten lässt – in Verbindung setzen und die vorgestreckten Teile des Kindergeldes einfordern, doch aufgrund von zu erwartendem, momentan noch rein fiktivem Einkommen Menschen unter das Existenzminimum drükken, das darf es nicht. Und was kann die betreffende Familie dagegen nun tun? – "Widerspruch dagegen einlegen und parallel dazu ein Eilverfahren anstrengen", war Krolls Antwort.

In einem Eilverfahren beantragt man eine einstweilige Anordnung. Obsiegt man hier, muss das Job-Center zahlen. Hier gibt es kein Urteil, sondern einen Beschluss, und darin steht meistens, dass der Kläger, sollte das Gericht im Hauptverfahren anders entscheiden, die unrechtmäßig erhaltene Summe zurückzahlen muss – doch das passiert kaum jemals.

Die Frau, der nach einem 6-tägigen Krankenhausaufenthalt 60 Euro vom Alg II abgezogen wurden, bekam ebenfalls den Rat, Widerspruch einzulegen – und Kroll konnte über die Dreistigkeit des Job-Centers nur den Kopf schütteln. Die Frau konnte während dieser sechs Tage diese Summe nicht eingespart haben, muss man doch in den ersten 28 Tagen eines Krankenhausaufenthalts einen Beitrag von 10 Euro pro Tag zahlen.

Zug abgefahren?

Ein Versammlungsteilnehmer, der nur ganz selten mal eine ALI-Versammlung besucht, wollte wissen, was man überhaupt tun muss, wenn man einen Bescheid vom Job-Center bekommt, mit dem man nicht einverstanden ist. Da anzunehmen ist, dass auch viele unserer LeserInnen das nicht oder nicht mehr wissen, geben wir Alfred Krolls Antwort wieder: Innerhalb eines Monats nach dem Bescheid muss man Widerspruch einlegen. Es ist ganz sinnvoll, sich hierbei von der ALI helfen zu lassen. Ist man schon etwas spät dran, kann man ohne nähere Ausführungen "zur Fristwahrung" widersprechen und die Begründung des Widerspruchs nachreichen. Sinnvoll ist es, dem Job-Center eine Frist zu setzen und nach Verstreichen dieser Frist beim Sozialgericht einen Antrag auf einstweilige Anordnung zu stellen. Nach längstens drei Monaten muss das Job-Center einen Widerspruchsbescheid geben; überschreitet es diese Frist, kann eine Untätigkeitsklage eingereicht werden.

Verfahren vor dem Sozialgericht sind kostenfrei. Lediglich der "Beratungsschein", den man sich beim Amtsgericht ausstellen lassen muss und den man braucht, wenn man einen Anwalt konsultiert – was man tun sollte – kostet 10 Euro.

Wenn man einen Widerspruch nicht rechtzeitig binnen eines Monats eingelegt hat – etwa weil man zunächst geglaubt hat, das Job-Center könne doch nicht lügen! –, ist der Zug trotzdem nicht abgefahren. Jederzeit kann man nach § 44 SGB X eine Überprüfung eines Bescheides beantragen. Hat man z.B. als allein lebende Person nur die 252 Euro Kosten der Unterkunft bewilligt bekommen und sich monatelang das fehlende Geld vom Munde abgespart, dann sollte man eine solche Überprüfung beantragen.

Man muss allerdings darauf gefasst sein, dass das Job-Center darauf etwas seltsam reagiert: Es weist den Antrag nämlich "wegen Unzulässigkeit" mit einem Widerspruchsbescheid zurück. Aber dagegen kann man ja bekanntlich klagen. ❑

Verschärft

Das "Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende" – verabschiedet am 01.06.06 – soll laut Müntefering sicherstellen, dass nur diejenigen Leistungen nach Hartz IV bekommen, die sie wirklich brauchen. Was heißt das?

Eine Änderung gegenüber dem momentan noch geltenden Gesetz besteht darin, dass Menschen, die sich eine Wohnung teilen, beweisen müssen, dass sie keine eheähnliche Gemeinschaft bilden. "Beweislastumkehr" heißt so etwas auf Juristisch. Eine Analogie zum Strafgesetz würde darin bestehen, dass jemand beweisen müsste, einen Mord, Betrug oder Raub nicht begangen zu haben.

Auf der letzten ALI-Versammlung fragte ein Teilnehmer, wie man beweisen soll, dass etwas nicht ist. Alfred Kroll nannte als Antwort die juristische Definition einer eheähnlichen Gemeinschaft. Sie ist dann gegeben. wenn zwei Menschen zusammen wohnen, gemeinsame Kasse machen und auf Dauer füreinander einstehen wollen. Also: "Es reicht, wenn man erklärt, dass man nicht füreinander einstehen will."

Nun haben bekanntlich bislang Paare, um das Alg II nicht gekürzt oder gestrichen zu bekommen, vielfach eine räumliche Trennung vollzogen. Norbert Czyz von der "WZ" hat im Mai die Kontolleure des Job-Centers begleitet und hat festgestellt, dass zahlreiche Wohnungen angemietet wurden und vom Job-Center bezahlt werden müssen, die in Wirklichkeit nicht bewohnt werden (vgl. "Miete erstatten für nichts und wieder nichts", "WZ" vom 20.05.06).

Sind zwei Menschen, die eine "Einstehensgemeinschaft" bilden, arbeitslos, bekommen sie 622 Euro und die Miete. Zieht ein Partner (wirklich oder scheinbar) aus, bekommen sie je 345 Euro (und beide Mieten!). Für 34 Euro mehr, die er in der Tasche hat, verursacht – wenn die Feststellungen von Czyz stimmen - so mancher Arbeitslose über diese kleine Summe hinaus 303 Euro Mehrkosten (Miete und Heizkostenpauschale). Deutet das Stichwort "Leistungsmissbrauch" im Untertitel von Czyzs Artikels darauf hin, dass auch er sich an der Hetzkampagne gegen Hartz IV-Betroffene beteiligt, wird er durch seinen Kommentar mit dem Titel "Geldverbrennungsgesetz" rehabilitiert. Da schlägt er am Ende vor: "345 Euro für jeden Langzeitarbeitslosen, egal ob solo, verheiratet oder liiert. Und feste Beträge für die Kinder. Es würde auch Gerichtskosten sparen."

Ein garantiertes Grundeinkommen für jeden und jede (etwa 1000 Euro monatlich) wäre eine noch bessere Idee und würde viele weitere Kosten des Hartz IV-Gesetzes sparen. Aber Czyzs Vorschlag wäre immerhin ein Anfang. (noa)

Aus der Schule geplaudert

Was war in letzter Zeit schulpolitisch los?

(von Anette Nowak) Es scheint ganz so, als ob die OECD-Größen die "Wilhelmshavener Zeitung" nicht aufmerksam lesen! Da hat doch schon vor Monaten der Chefradakteur Klaas Hartmann, damals in Erwiderung auf einen UN-Inspektor aus Costa Rica (!), genau erklärt, dass für Deutschland nicht gilt, was im Rest der Welt stimmt. (Wir berichteten in unserer Ausgabe 215.) Und nun versucht uns schon wieder jemand in unser Schulsystem reinzuquatschen!

"Schule versagt bei Kindern von Migranten", titelte die "WZ" am 16.05. "Während sich in nahezu allen anderen Staaten die Schulleistungen von Zuwandererkindern mit Dauer des Aufenthaltes ihrer Familien verbessern, werden sie in Deutschland deutlich schlechter. ... Dabei seien die untersuchten 15-jährigen Migrantenkinder in Deutschland 'hochmotiviert' und zeigten 'ein hohes Maß an Lerninteresse', sagte die OECD-Bildungsdirektorin, Barbara Ischinger." (Hmmm - der Name klingt aber nicht nach Costa Rica oder sonst einem unbedeutenden fernen Land!) "Eine Ursache für das schlechte deutsche Abschneiden sieht Ischinger in der frühen Aufteilung von zehnjährigen Schülern auf verschiedene Schulformen und in der Konzentration von Ausländer- und Problemkindern in den Hauptschulen."

Nun hat unser Bundesland Niedersachsen ja gerade erst vor kurzem diese frühe Aufteilung wieder eingeführt, nachdem die Selektion jahrzehntelang erst zwei Schuljahre später vorgenommen worden war. Die von Frau Ischinger gerügten Zustände hatten sich bei der PISA-Studie 2003 gezeigt, und in diesem Jahr erst wurde Bernd Busemann niedersächsischer Kultusminister. Und der ist ein entschiedener Anhänger der Hauptschule. Er hat sie "aufgewertet" (indem er die Stunden für theoretischen Unterricht zu Gunsten von handwerklichem Training vermindert hat und die Lehrpläne noch weiter von denen für die Realschulen entfernt hat, so dass ein Schulwechsel von der Haupt- zur Realschule fast unmöglich geworden ist), und sein Wilhelmshavener Fan Uwe Biester hat schon herausgefunden, dass die niedersächsische Schulpolitik "Erfolg" hat ("WZ" vom 09.02.06).

Nach dem Hilferuf der Lehrkräfte der Berliner Rütli-Schule wurde aus vielen Teilen der Republik berichtet, dass es an Hauptschulen vielerorts Gewalt gibt. Das gab der Forderung nach Abschaffung der Hauptschulen neue Nahrung. Nach der "Aufwertung" der Hauptschule in Niedersachsen haben die niedersächsischen Eltern dieser Schulform ja schon ihre Absage erteilt. Schon im November 2005 meldete die "WZ" auf der Niedersachsenseite unter dem Titel "Hauptschulen verlieren weiter an Boden", dass zum jetzt zu Ende gehenden Schuljahr nur 16,5 % der Kinder an Hauptschulen angemeldet wurden, während 26,6 % eine Hauptschulempfehlung von ihrer Grundschule bekommen hatten. Sowas! Da hat Busemann sich etwas ganz Tolles ausgedacht, und die Leute nehmen es nicht an! Undank ist der Welt Lohn! Aber sie werden es schon noch einsehen: "Laut Busemann braucht die Schulform mehr Zeit zur Entwicklung." ("WZ", 11.11.05) Weg kommt die Hauptschule jedenfalls bestimmt nicht, wenn es nach der CDU geht: Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU) "wandte sich gegen eine Abschaffung der Hauptschule. Die dortigen Lehrer sollten vielmehr Leistungszulagen erhalten." ("WZ", 06.04.06) – Das ist ja mal eine Idee! Aber wo soll das hinführen, wenn die gottgewollte Ordnung der Dinge, dass die, die die schwerste Arbeit tun, am wenigsten dafür kriegen, erst mal angekratzt wird?!?!

Vorerst kriegen sie aber keine Leistungszulagen, sondern müssen sich mit "guten Noten" begnügen: Die Hauptschule Bremer Straße wurde im Mai einer Schulinspektion unterzogen. Dieses neue Instrument gibt es bislang ausschließlich in Niedersachsen; seit Februar erst sind die 25 Schulinspektoren im Einsatz. Die Hauptschule Bremer Straße war die erste Schule in Wilhelmshaven, die inspiziert wurde, und sie blickt stolz auf eine gute Bewertung. Glückwunsch für das Kollegium, das "eine Schülerschaft, die aus vielen unterschiedlichen Kulturen stammt, zur Ausbildungsfähigkeit führt" ("WZ", 19.05.06) – schade nur, dass es hier in Wilhelmshaven und Umgebung längst nicht genügend Ausbildungsplätze für alle AbsolventInnen geben wird.

Das Zentralabitur! Busemannseidank hat auch Niedersachsen als eines der letzten Bundesländer diese Errungenschaft. Ganz so reibungslos wie von Busemann im Interview mit "News&Sound" in der "WZ" vom 23.02.06 vorhergesagt hat, verlief es natürlich nicht. Dass irgendwo im Land ein zerstreuter Lehrer die Klausuren dreier Schüler in den Müll geworfen hat, hat bestimmt nichts mit den neuen Bedingungen zur tun. Doch dass in Jever am Mariengymnasium 17 SchülerInnen im schriftlichen Mathe-Abi eine Aufgabe nicht lösen konnten, weil sie den falschen Taschenrechner hatten (landesweit waren 10 Schulen von diesem Problem betroffen), wäre zu vermeiden gewesen, hatte doch ein Jeveraner Mathelehrer schon Monate vorher – ohne Erfolg - auf das Problem hingewiesen ("WZ", 05.05.06).

"Im Land fehlen Lehrer", alarmierte die "WZ" schon am 13.10.05. Waren nicht gleich im Jahr des Regierungswechsels zahlreiche neue Lehrkräfte eingestellt worden? Nun schlugen die Gymnasialdirektoren jüngst erneut Alarm: Es gibt Unterrichtsausfälle in Mathematik, Physik, Chemie, Französisch, Latein, Spanisch und Musik – die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien wird im kommenden Schuljahr nur 97,5 % betragen. ("Alarm: Schulen fehlen die Lehrer", "WZ" vom 31.05.06) Nun bedeutet eine errechnete Unterrichtsversorgung von 97,5 % keineswegs, dass 97,5 % aller vorgesehenen Unterrichtsstunden auch gehalten werden, sondern lediglich, dass dieser Unterricht erteilt wird, wenn sonst nichts ausfällt (wegen Krankheit, Fortbildung, Sonderurlaub usw.). Und dass trotz der Rekrutierung von Lehrkräften 2003 und 2004 die LehrerInnen an den Gymnasien nicht reichen, wenn man für das ehrgeizige Projekt "Abi12" die Stunden von neun Schuljahren in acht Schuljahre quetschen, also mehr Wochenstunden erteilen muss, ist eigentlich nicht erstaunlich.

Schlimmer als an den Gymnasien sieht es jedoch an den Berufsschulen aus. "Bei einem Treffen der Personalvertreter von Schulen aus Jever, Varel, Wittmund und Wilhelmshaven wurde übereinstimmend festgestellt, dass die Unterrichtsversorgung" (an den BBSen) "nicht einmal 90 Prozent erreicht. Und aufgrund der riesigen Anmeldezahlen für das kommende Schuljahr (u.a. mangels ausreichender Lehrstellen) wird dann die Versorgung drastisch sinken auf Werte nahe der 80 Prozent", schreibt Lutz de la Sauce in seinem Leserbrief in der "WZ" vom 09.06.06. Na Klasse! ❑

TRIANGEL
second-hand-shop
An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

KULTUR - KOMMUNIKATION
HOTEL
KLING KLANG
WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH
Frühstücken
Partys - Konzerte
www.kling-klang-whv.de

Günstiges Baugeld
Konditionen auf Anfrage
Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144
Büro (vorm.) 04421 / 1400823
VPV
VERSICHERUNGSGRUPPE

Kostspielige Fehlplanung

JWP-Realisierungsgesellschaft besteht auf fehlerhafter Standortplanung des Container-Terminals!

(jm) Das größte europäische Container-Umschlagunternehmen "Eurogate" hat bekanntlich im April den Betreibervertrag für den in Wilhelmshaven geplanten JadeWeserPort (JWP) unterschrieben. Gleichzeitig wurde bekannt, dass "Eurogate" und die zum dänischen "A.P. Moeller-Maersk"-Konzern gehörende Tochter "APM Terminals" ein Joint-Venture-Abkommen geschlossen haben: Im Verhältnis 70:30 wollen sie sich die Eigentumsrechte an der etwa 350 Millionen Euro teuren Suprastruktur des neuen Containerterminals aufteilen. Doch der Planfeststellungsbeschluss lässt auf sich warten, sein erweiterter Inhalt wird den gesetzten Rahmen der Infrastrukturkosten sprengen.

Vier Planänderungsanträge musste die "JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft" als Vorhabensträger seit der Planauslegung und ersten Erörterung im Herbst 2004 bereits bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSD) Nordwest, Aurich, als Genehmigungsbehörde nachreichen, um durch kostenaufwändige Baumaßnahmen schädliche Folgewirkungen des JWP-Projekts zu mindern. Dabei handelt es sich um

➤ eine Schallschutzwand im Vogelschutzgebiet Voslapper Groden;

➤ eine 400 Meter lange Strömungsprallwand zwischen Kühlwasserentnahme und -abfluss des E.ON-Kraftwerks;

➤ eine 120-230 Meter lange strömungsumlenkende Spundwand an der Niedersachsenbrücke (Kohleumschlagsanlage in der Jade), die auf einem Stahlrohrunterbau aufgeständert ist sowie um

➤ bauliche Veränderungen an der Südflanke des geplanten JWP zur Freihaltung einer Salzsoleleitung, die der Ausspülung von Salzkavernen und der Rückleitung der Sole in die Jade dient.

Insgesamt musste die Realisierungsgesellschaft sieben Beweissicherungskonzepte vorlegen, um mögliche nachteilige Veränderungen von Anlagen an und in der Jade – beispielsweise fünf Umschlaganlagen – aktenkundig feststellen zu können. Auf dieser Grundlage fand dann Anfang Juni eine weitere Erörterungsrunde der WSD statt.

Der Termin begann mit einer Überraschung: Abseits der Tagesordnung überfiel die JWP-Realisierungsgesellschaft die Zuhörer mit einem aktualisierten Rechtfertigungsversuch für die Notwendigkeit des Gesamtprojekts. Das ging zumindest bezüglich der Schiffsgrößenentwicklung gründlich in die Hose: Angekündigt wurde nämlich ein 400 Meter langes und 56 Meter breites 13.640-TEU-Containerschiff mit einem Tiefgang von 16 Metern, für das der JWP unerlässlich sei. Auf Nachfrage der Bürgerinitiative "Antiport" erklärte man kleinlaut, schriftliche Belege gebe es nicht, die halte der Eigentümer Maersk geheim. Man müsse abwarten, bis diese Schiffe im August/September in Bremerhaven auftauchen würden.

Ein anderer vorgestellter 13.000-TEU-Megacarrier der koreanischen Werft Hyundai soll bei einer Länge von 382 Metern und einer Breite von 54,20 Metern einen Tiefgang von 15 Metern haben – "Antiport" wusste es besser: Laut Fachpresse und Bestätigung durch den Germanischen Lloyd (der den Carrier für Hyundai konzipiert hat) werde für dieses Schiff ein Tiefgang von nur 13,50 Metern angegeben; außerdem gebe es hier noch gar keinen Bauauftrag *(1)*.

Lärmschutzwand

Selbstverständlich wurde auch auf der jüngsten Erörterung weiter gestritten über das sensible Thema Vogelschutz. Rechtzeitig, jedoch vergeblich, hatten Umweltschutzverbände und Bürgerinitiativen darauf hingewiesen, dass es sich beim "Voslapper Groden-Süd" um ein faktisches Vogelschutzgebiet handele, das der EU gemeldet werden muss. Doch die niedersächsische Landesregierung versäumte es, dieses Gebiet anzumelden, und ließ die "JWP-Realisierungsgesellschaft" – deren Miteigentümer sie ist – ungerührt eine Bahntrasse planen, die die besagte Grodenfläche im Norden anschneidet. Es gab ein böses Erwachen, als Vertreter der Hafenlobby in der Angelegenheit in Brüssel vorstellig wurden. Dort machte man ihnen unmissverständlich klar: Wenn ihr die Vorgaben der EU-Vogelschutzrichtlinie nicht erfüllt, gibt's auch keine europäischen Gelder für den Hafenbau.

Und so läuft es:

➤ Niedersachsen meldet den Voslapper Groden in Brüssel als Vogelschutzgebiet und damit als Teil des europäischen Schutzgebiete-Netzes NATURA 2000.

➤ Das Vogelschutzgebiet muss durch den Mitgliedsstaat rechtsverbindlich gesichert werden. Erst wenn die Fläche ordnungsgemäß dem naturschutzrechtlichen Verfahren unterzogen worden ist, dann (und nur dann) kann auch eine Ausnahme für gewerbliche Nutzung erteilt werden – sofern das öffentliche Interesse an der Überbauung das Naturschutzinteresse überwiegt und für die zerstörten ökologischen Werte ein Ausgleich erfolgt.

Doch noch bevor die Landesregierung diese Bedingungen erfüllen konnte, sorgte der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) mit Äußerungen über den Bau einer Schallschutzwand (entlang der den Groden teilweise anschneidenden Gleistrasse) für ein mittleres politisches Erdbeben mit dem Epizentrum in der Wilhelmshavener Nachbargemeinde Sande.

Für bis zu acht Millionen Euro, hieß es anschließend in der örtlichen Presse, müsse eine acht Meter hohe Mauer gebaut werden, um acht Vögel vor Eisenbahnlärm zu schützen *(2)*. Die Bürger reagierten empört, schließlich hatten auch sie – bislang erfolglos – Lärmschutz nach Inbetriebnahme des JWP und die Verlegung des Industriestammgleises gefordert. Aber die "JWP-Realisierungsgesellschaft" hatte sich für nicht zuständig erklärt und auf die Deutsche Bahn verwiesen, die sich ihrerseits wiederum sträubt und die Strecke für völlig ausreichend erklärt *(3)*.

Eine Woche vor der jüngsten Erörterung hat die Landesregierung die Verordnung über das Naturschutzgebiet "Voslapper Groden-Süd" doch noch verkündet und es als Vogelschutzgebiet gemeldet. Bei der Erörterung wurde dennoch heftig über die (nun nur noch mit fünf Millionen Euro Kosten bezifferte) Schallschutzwand debattiert. Die Umweltverbände sowie die BI Antiport kritisierten, dass keine möglichen Alternativen zu Lage und Form des beantragten Hafenkörpers beziehungsweise zur geplanten Gleisführung untersucht worden seien. Der BUND schlug vor, die Millionen nicht in die Schallschutzwand, sondern in die Sanierung der Eisenwaggons zu stecken und die Geschwindigkeit auf der Strecke zu begrenzen. Davon würden nicht nur die bedrohten Vogelarten, sondern auch die Menschen auf der Strecke

Tricksereien

Der Geschäftsführer der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft kündigte beim Erörterungsverfahren der JWP-Änderungsanträge an, dass im kommenden August/September ein neuer Containerriese Bremerhaven mit einem Tiefgang von 16 m anlaufen würde. Herrn Werners Neuigkeit wurde später durch Pressemeldungen erhärtet:

Länge 394 m; Breite 56,40 m; Tiefgang 16 m; Containerkapazität 13.460 (Quelle: Deutsche Schiffahrts-Zeitung 21.06.06).

Verschwiegen wird bei solchen Angaben stets, dass es sich beim Tiefgang um den Konstruktionstiefgang handelt, der von den Containerschiffen nur bei einem TEU-Gewicht von 14 Tonnen erreicht wird. So auch hier. Aus Statistiken geht jedoch hervor, dass das Durchschnittsgewicht eines 20-Fuß-Containers (TEU) nur etwa 11 Tonnen beträgt. Entsprechend geringer ist der Tiefgang bei voller Beladung...

Realistisch dürfte auf Grundlage der für den Schiffsgiganten angegebenen Schiffsabmessungen übrigens eine Ladekapazität von 12.000 TEU sein. Geht man darauf aufbauend von einem statistischen Durchschnittsgewicht von 11 Tonnen pro Blechschachtel aus, dann käme man auf einen Tiefgang von rund 14 Metern. Bei gut gerechneter 90%iger Ladungsauslastung wären es nur noch etwa 12,30 m. Mit diesem Tiefgang könnte das Schiff heute schon tideunabhängig nach Bremerhaven oder Hamburg fahren.

Angenommen, dieser Meeresgigant hat tatsächlich die hinterfragbare Ladekapazität von 13.450 TEU:

Daraus ergäbe sich dann bei voller Beladung mit 11-Tonnen-Schachteln ein Tiefgang von 15,28 m und bei 90%iger Auslastung einer von 13,75 m. Das könnte dann ein zweifelhafter Rechtfertigungsversuch für die Vertiefung von Elbe und Außenweser sein. Aber weil Bremerhaven und Hamburg Endhäfen in der so genannten Nordrange sind, kommen sie hier nur teilbeladen an, was man immer wieder schön auf Fotos an der teilweise abgeräumten Container-Deckslast sowie an dem breiten roten Bootop-Streifen des Bodenanstrichs über der Wasserlinie des Schiffskörpers erkennen kann.

Übrigens: Die Ankunft des neuen Maersk Containerriesen in Bremerhaven wird sich um einige Monate verzögern, weil der Aufbau des im Bau befindlichen Schiffes in der Odense-Lindoe Werft (Dänemark) am 09. Juni ausgebrannt ist. (jm)

zwischen Wilhelmshaven und Oldenburg profitieren.

Prallwand

Nächster Streitpunkt: die Prallwand für das E.ON Kraftwerk. Schon bei der ersten Erörterung im Herbst 2004 hatten E.ON-Vertreter darauf hingewiesen, dass ein erkerartig in das Strombett der Jade hinein gebauter JWP die Ebbströmung abbremsen würde. Das erwärmte, in die Jade zurückgepumpte Kühlwasser des Kraftwerks könne dann nicht mehr zügig genug abfließen, die Wassertemperatur am Entnahmebauwerk in der Jade würde ansteigen. Als Folge sei damit zu rechnen, dass das Kraftwerk zeitweilig heruntergefahren oder gar ganz abgeschaltet werden müsse.

Die Realisierungsgesellschaft schlug deshalb vor, mit Hilfe einer 400 Meter langen Spundwand zwischen Kühlwasserentnahme und -ausfluss den Kühlwassereinlauf abzuschirmen. E.ON indes scheint den Bau einer neuen, seewärts verlagerten Kühlwasseransauganlage sowie eines neuen, von Versandung unbeeinträchtigten Kühlwasserabflusses zu favorisieren. Auf dem neuerlichen Erörterungstermin wollte sich der Konzern dazu aber nicht mehr öffentlich äußern. E.ON setzt − wie viele andere − auf Einzelerörterung des Problems abseits der Öffentlichkeit.

Auch der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) hatte beim Erörterungstermin im September 2004 bereits darauf aufmerksam gemacht, dass der Ebbstrom gegen die Südflanke eines an die Niedersachsenbrücke angelehnten JWP prallen würde. Wenn aber dieser Ebbstrom zwischen den Gründungspfählen der Umschlagbrücke zum Strombett der Jade abfließen müsse, würde er auf das Unterwasserschiff dort vertäuter Kohlefrachter drücken und deren Liegesicherheit gefährden. Das sah die Hafenverwaltung "Niedersachsen Ports" genauso. Darauf reagierte die Realisierungsgesellschaft mit dem Antrag, die Umschlaganlage der Niedersachsenbrücke teilweise mit Spundwänden gegen den Ebbstrom abzuschirmen. Weil aber methodisch unterschiedliche Untersuchungen zweier Fachinstitute zu krass unterschiedlichen Ergebnissen gekommen sind über die Zugkräfte, die auf die Trossen eines 300 Meter langen Schiffes ausgeübt werden, soll bei Beginn der JWP-Bauarbeiten zunächst eine strömungsabschirmende Spundwand von 120 Metern Länge genügen, die könne aber bei Bedarf auf 230 und maximal sogar auf 380 Meter ausgebaut werden.

Antiport und LBU protestierten: Durch den strömungsabschirmenden Verbau der Umschlagbrücke würde die Versandung und Verlandung des Bereichs südlich der Niedersachsenbrücke weiter verstärkt. Eine durch den JWP-"Erker" verringerte Strömung bewirke, dass sich mitgerissene Schwebstoffe und Sandfrachten vor dem Deich ablagern. Dadurch könne sich die Wassertiefe dort so weit verringern, dass ein sich durch den JWP bildender Wattstreifen am Deichfuß noch stärker aus dem Wasser aufwachsen kann. Davon wären sowohl der Kühlwasseraustausch des Kraftwerks als auch das dicht südlich gelegene Maadesiel betroffen, dessen Funktion für die Binnenlandentwässerung unverzichtbar ist.

Für das Maadesiel wurde von Antiport ein Beweissicherungsantrag gestellt, was der zuständige Wasser- und Bodenverband offenbar versäumt hatte. Dabei geht es neben der Binnenlandentwässerung auch um die seewärtige Zufahrt zur Sielschleuse für die Bootsschifffahrt.

Die Kosten für die Aufrechterhaltung der unbeeinträchtigen Sielfunktion sowie der Schiffsanbindung der Maade an die Jade dürften beim Wilhelmshavener Steuer- beziehungsweise Gebührenzahler hängen bleiben.

Für eine weitere Überraschung sorgte der Betreiber der Niedersachsenbrücke, der Umschlag- und Logistikkonzern Rhenus-Midgard: Auf die LBU-Anfrage, ob man bei der Platzierung der Spundwand auch alternativ die Seeseite der Umschlagbrücke untersucht habe, kam Bewegung in die Erörterung. Rhenus-Midgard teilte mit, im April einen Antrag zur "Ertüchtigung" der Niedersachsenbrücke gestellt zu haben. Um mehr Massengut aus Schiffen mit größerem Tiefgang umschlagen zu können, müsse die Liegewanne des Schiffsliegeplatzes vertieft und dafür die Standfestigkeit und Stabilität der Brücke auch seeseitig verstärkt werden...

Es sind also zwei Änderungsvorhaben an ein und demselben Bauwerk isoliert voneinander geplant und beantragt worden. Die Möglichkeiten kostensparender und umweltschonender Synergieeffekte einer gemeinsamen Projektierung wurden so verspielt. Jetzt steht eine weitere Umweltverträglichkeitsprüfung am gleichen Objekt bevor − wiederum zu Lasten des Steuerzahlers. Vergeblich schlug der LBU vor, das Projekt JWP strömungsadäquat nach Norden zu verlegen und sich so sämtliche derzeit diskutierten Zusatzmaßnahmen zu ersparen. Auch könne dadurch die Gleisführung des Terminalanschlusses an das Bahnnetz über eine große Strecke außerhalb des Grodens mit dem Voslapper Außendeich als Lärmschutz verlegt werden und damit ein Stück Lärmschutzwand entfallen.

Wider besseres Wissen

Aber selbst das Argument, dass so auch etliche Millionen Euro eingespart werden könnten, "zog" nicht: Einmal geschaffene Planungsgrundlagen seien laut einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht mehr juristisch anfechtbar, konterten die Planer ungerührt. Auch als der LBU eine Empfehlung des Bundesamtes für Wasserbau (BAW) zitierte, wonach der Bau des JWP 900 Meter weiter nördlich aus hydraulischer Sicht die geeignetere Lösung sei, ließ man dies teflongleich an sich abperlen.

Außer für E.ON und "Niedersachsen Ports" (als Eigentumsverwalter der Niedersachsenbrücke) werden auch für die Nordwestdeutsche Ölleitungsgesellschaft (NWO), die Wilhelmshavener Raffinerie Gesellschaft (WRG) und die Umschlaganlage Voslapper Groden (Betreiber: Chemiekonzern INEOS; Eigentümer: Land Niedersachsen) sowie für den bereits vor 25 Jahren genehmigten Zubau einer Umschlagbrücke für Flüssiggas teure Beweissicherungsverfahren durchgeführt. Natürlich nicht, weil alle diese Unternehmen etwas gegen den Bau des neuen Terminals haben, sondern weil sie sich vorsorglich vor eventuellen Nachteilen durch den JWP-Bau − beispielsweise Versandungen der Schiffsliegeplätze oder Standfestigkeitsrisiken der Umschlagbrücken − schützen und sich gegebenenfalls schadlos halten wollen. Bei der Erörterung spielte das alles aber keine Rolle, die Unternehmen werden wohl − wie E.ON − den Weg der "Einzelerörterung" wählen, um ihre Interessen unter Ausschluss der anderen Verfahrensbeteiligten zu wahren.

Am Schluss der Erörterung erklärte die JWP-Realisierungsgesellschaft auf eine entsprechende Anfrage der WSD-Vertreter, dass sie keine weiteren Änderungsanträge mehr stellen werde. Der eigentliche Bau des JWP wird also − geht es nach dem steuerfinanzierten Vorhabensträger − einen Rattenschwanz gesicherter sowie möglicher und nicht erkannter Folgewirkungen nach sich ziehen. Dies geht zu Lasten der niedersächsischen Bürger; denen wird künftig der Gürtel noch enger geschnallt − sei es durch höhere Steuern und Gebühren oder durch weitere Einschränkung der öffentlichen Dienstleistungen oder durch Sozialabbau.

Nicht in die Beweissicherung aufgenommen waren der Jadebusen und der Hohe Weg, für die das Nationalparkamt als niedersächsische Fachbehörde zuständig ist. Erst der LBU hat jetzt einen entsprechenden Antrag gestellt. So waren für diese beiden vor unserer Haustür liegenden Wattenmeerbereiche weder baubegleitende topographische Vermessungen noch Kartierungen sich baubedingt verlagernder Sedimentstrukturen (Feinsand, Schlicksand und Schlick) vorgesehen, ebenso wenig die Kartierung von Makrobenthos (Boden bewohnende Lebewesen) nach Örtlichkeit und Populationsdichte. Sedimentumlagerungen im Wattenmeer sind von den dort ansässigen Bodentieren und -pflanzen jedoch nur begrenzt verkraftbar. Diese Arten sind hoch spezialisiert und stark an jeweils verschiedene Wassertiefen und Bodenarten angepasst. Von ihrer Existenz und Populationsdichte sind wiederum nahrungsspezialisierte Fisch- und Vogelarten abhängig.

Was auf dem Spiel steht, hat der Gutachter Prof. Dr.-Ing. habil. Ulrich Zanke von der Technischen Universität Darmstadt in seinen Untersuchungen zu Langzeitauswirkungen des JWP auf den Fedderwarder Priel herausgefunden: Die Baumaßnahmen würden die dortigen Strömungsverhältnisse und die Wassertiefen verändern. Der Fedderwarder Priel liegt auf der Weserseite des Hohe-Weg-Watts. Leider wurde bei der Erörterung bekannt, dass Zanke seine Untersuchungsmethoden nicht offen legen will. Aber der Naturhaushalt auf dem Hohe-Weg-Watt wird mit weiteren Belastungen fertig werden müssen, wenn der JWP erst mal durchgewinkt ist. In den Schubladen der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest liegen schon seit vielen Jahren die Pläne für einen Anschluss Wilhelmshavens an das Binnenwasserstraßennetz. Bislang fehlte diesbezüglichen Begehrlichkeiten der Wilhelmshavener Hafenlobby die wirtschaftliche Bedarfsgrundlage. Mit Inbetriebnahme des JWP jedoch wird sie erheblich leichter Bedarf für einen Kanalanschluss an die Außenweser anmelden können. Und es können Wetten abgeschlossen werden, was eher in Angriff genommen wird: eine Bahnumgehung um das lärmgeplagte Sande herum − oder der Kanal durch den Nationalpark.

Anmerkungen:
(1) Schifffahrtszeitschrift "Schiff & Hafen", Heft 4 / 2006
(2) Wilhelmshavener Zeitung vom 25. November 2005
(3) Wilhelmshavener Zeitung vom 16. März 2006

leserbrief

Erörterungstermin JadeWeserPort lediglich Farce, oder: Sie wissen nicht...

Erörterungstermine sollen eigentlich dazu dienen, spätere gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden und in möglichst vielen Punkten eine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte zwischen dem Vorhabensträger und den Einwendern zu erreichen. Dieses Ziel zu erreichen ist jedoch stark abhängig von den Verhandlungspartnern. Gute Erfahrungen sammelt man als Einwender zumeist bei Planungen privater Investoren, wie Raffinerie, INEOS oder Kraftwerk. Auch hier liegen die Positionen zumeist weit auseinander, können aber in konstruktiven Verhandlungen und Gesprächen angenähert werden. Häufig werden auf Grund der Einwendungen Planänderungen vorgenommen, die zur Minimierung der negativen Auswirkungen dienen, obwohl dies in der Regel auch bei Investitionen privater Investoren mit Mehrausgaben verbunden ist.

Anders ist es, wenn Einwender auf Vorhabensträger treffen, die Großprojekte für die Öffentliche Hand planen! Hier z.B. das Vorhaben JadeWeserPort, welches vom Land Niedersachsen geplant wird. Das Land lässt sich dabei von der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft vertreten.

Die beiden letzten Erörterungstermine zum Thema JadeWeserPort haben - wie schon bei der achttägigen Erörterung im Jahr 2004 - wieder einmal gezeigt, dass der Vorhabensträger mit seinen unzähligen, hoch bezahlten Gutachtern nicht bereit und willens ist, auch nur in einem einzigen Punkt auf die vorgebrachten Einwendungen einzugehen.

Aus dem Hauptverfahren hätte die Gruppe um Helmut Werner sicherlich Lehren ziehen können. Schon hier wurden Vorschläge der Einwender nicht ernst genommen, was mit dazu beigetragen hat, dass es zu den erheblichen Verzögerungen und Planänderungen gekommen ist.

Möglichkeiten zur Klagevermeidung gab es auch wieder beim Antrag auf eine unsinnige Lärmschutzwand am geplanten Bahngleis auf dem Voslapper Groden. Hier hätte z.B. die Verlegung der Gleisanlagen auf die Nordseite der Raffineriestraße ganz sicher alle Beteiligten zufrieden stellen können.

Angeblich, so die Realisierungsgesellschaft, sei die ausgesuchte Trassenvariante jedoch die beste und einzig mögliche. Von dieser Planung rückt man keinen Zentimeter ab, auch wenn es genügend vernünftige Gründe dafür gegeben hätte. An den geringen zusätzlichen Kosten der anderen Varianten kann es bei einem Gesamtvolumen von über 1 Mrd. Euro wohl kaum liegen. Vielmehr ist das Verhalten der Realisierungsgesellschaft auf ein erhebliches Maß an Arroganz zurückzuführen. Diese Arroganz kann man natürlich nur an den Tag legen, wenn man für sein Fehlverhalten persönlich keinerlei finanzielle Auswirkungen zu erwarten hat. Zudem wird in den Verfahren immer deutlicher, dass die Realisierungsgesellschaft nur eine bezahlte, zielgerichtete Meinung vertritt, die häufig fernab von jeglicher Vernunft und wirtschaftlichen Interessen liegt.

Besonders deutlich wird dies an Helmut Werner. Dieser trat noch vor einigen Jahren vehement für Cuxhaven ein, wechselte seine bezahlte Meinung jedoch schnell, als er das Angebot Niedersachsens bekam, den JadeWeserPort in Wilhelmshaven zu vertreten.

Auch den Gutachtern muss ein gehöriges Maß an bezahlter Meinung zugeschrieben werden. Sie verbreiten durchaus Ergebnisse, welche je nach Vorhaben unterschiedlich sind. Auf der sicheren Seite sind sie jedoch immer, da ihre Stellungnahmen schon im Vorwort darauf hinweisen, dass sie die Grundlagen ihrer Gutachten nicht selbst ermittelt, sondern von anderen übernommen haben. Zudem werden Untersuchungen, welche zu einem falschen Ergebnis führen würden, einfach nicht durchgeführt.

Aber zurück zu dem speziellen Fall der Bahnanbindung des JWP. Es ist schon sehr verwunderlich, dass in keinster Weise über eine andere, für Mensch und Natur bessere Variante nachgedacht wurde.

Denn, nachgedacht hat man sicherlich. Aber wie sollte die Realisierungsgesellschaft dem Ministerpräsidenten erklären, dass die Landesregierung Grundstücke aufgekauft hat, welche nun doch nicht gebraucht werden?

Tatsächlich ist daher wohl der schon abgewickelte Kauf der Flächen für die geplante Trasse der Grund für die ablehnende Haltung gegenüber den vorgeschlagenen anderen Möglichkeiten.

Hinzu kommt, dass der Planfeststellungsbeschluss schon vor etwa 1 1/2 Jahren (Dezember 2004) vorliegen sollte und mit jedem weiteren Tag die Glaubwürdigkeit der Realisierungsgesellschaft, wenn es diese überhaupt gegeben hat, abnimmt.

Als intensiver Beobachter dieser Planung könnte man sogar den Eindruck haben, dass viele der Planungsfehler der Realisierungsgesellschaft, welche zu den erheblichen Verzögerungen geführt haben, natürlich auch die Arbeitsplätze der Macher sichern. Je länger das Verfahren läuft, desto länger hat man einen Job? Einen Job, den der Steuerzahler gern bezahlt?

Vor dem Hintergrund, dass die angeblich so überzeugten Hafenplaner ihre nicht unerheblichen Gehälter nun schon seit Jahren (viel länger als geplant) vom Steuerzahler erhalten, ist es als absolute Frechheit zu bezeichnen, dass genau diese im öffentlichen Dienst Beschäftigten den Einwendern das Recht absprechen wollen, Einwände geltend zu machen.

Für derartige Angriffe von Helmut Werner ist der Satz "wer im Glashaus sitzt…" sicher nicht ausreichend.

Vor Jahren habe ich mich noch darüber gewundert, dass es in der Bundesrepublik unzählige Bauruinen wie Autobahnbrücken ohne Autobahn, halbfertige Prunkbauten in Überschwemmungsgebieten oder Schienenstränge ohne Anschluss gibt. Ich konnte mir nie vorstellen, wie solche offensichtlichen Fehlplanungen überhaupt gebaut werden konnten. Heute, nach fast 7 Jahren, in denen ich mich jetzt schon mit dem Thema JadeWeserPort beschäftige, wundere ich mich nicht mehr.

Vater, vergib´ ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun (ein Bibelzitat, mit dem Jesus seine Peiniger vor Gott entschuldigt), trifft die Sache auch wohl nicht, denn sie wissen, was sie tun. Es ist ihnen aber vollkommen egal.

So werden wir bis an unser Lebensende

- ➤ Flüsse begradigen und uns über Jahrhunderthochwasser wundern,
- ➤ Brücken bauen, die zusammenbrechen,
- ➤ Wälder abholzen und Schlammlawinen ernten,
- ➤ Gene verändern und steuerlose Mutanten bekommen,
- ➤ Häfen bauen, die niemand wirklich braucht,

aber all das natürlich mit gutachterlicher Unbedenklichkeitsbescheinigung.

Beschreibung von Gutachtern laut Wikipedia:

Die Gutachter werden offiziell wie folgt beschrieben: Als Gutachter werden Personen bezeichnet, die über eine besondere Sachkunde auf einem bestimmten Sachgebiet verfügen. Gutachter ist also derjenige, der eine Stellungnahme (Gutachten) aus einem Fachgebiet mit überdurchschnittlichem Fachwissen abgibt.

Meine Beschreibung von Gutachtern:

Als Gutachter werden Personen bezeichnet, die für gut erachten, was im Sinne des Auftraggebers für gut erachtet werden soll.

Nun wird aber meine Ableitung wohl nicht richtig sein. Vergebens werde ich also darauf warten, dass ich irgendwann einen "Schlechtachter" begegne, der auch die negativen Seiten von Projekten aufzeigt.

So wird die Aufgabe, auch die negativen Auswirkungen und Planungsfehler zu beleuchten, weiter in den Händen interessierter Bürger liegen.

Joachim Tjaden
Ratsherr der BASU

Auf den “Point” gebracht

Ehemaliger Leiter des Jugendamtes macht Jugendarbeit

(jes) Nach dem Tod des ehemaligen Jugendschutzbeauftragten und Verantwortlichen des multikulturellen Zentrums “Point”, Albert Friedel, sieht sich der neue Vereinsvorsitzende mit so einigen positiven und negativen Alltagserlebnissen konfrontiert, mit denen auch ein Jugendamtsleiter, der den Verein vor zehn Jahren selbst ins Leben rief, nicht rechnete …

Klaus Jürjens ist der Nachfolger Friedels und seit Dezember 2005 neuer Vorsitzender des 20-köpfigen Vereins zur “Förderung internationaler Jugendarbeit e.V.” Die finanziellen Mittel erhält das Jugendzentrum als von der Stadt unabhängiger eingetragener Verein aus Fördermitteln, Spenden und sonstigen Einnahmen wie z.B. durch die Vermietung der Räumlichkeiten. Die Stadt stellt seit jeher die Räume und übernimmt den Betriebskostenvorschuss von 8.000 Euro jährlich.

Dass die Spenden für den Verein gut angelegt sind, zeigt das Programm. Neben immer wieder neuen abenteuerlichen Abwechslungen für Kinder und Jugendliche jeder Nationalität bietet das “Point” auch regelmäßige Veranstaltungen wie Thaiboxen, Orientalischen Tanz oder Schlagzeugunterricht an.

Vor kurzem wurde auch der längst fällige Internetanschluss installiert. Dadurch, und durch die Anschaffung weiterer Rechner, konnte eine Computer-AG ins Leben gerufen werden. Auch eine Hausaufgabenhilfe wurde nach langer Zeit wieder mit ins Programm aufgenommen.

An den Besucherstatistiken wie auch aus den Erzählungen der Kids ist erkennbar, wie wichtig dieser Treffpunkt in Wilhelmshaven ist. Denn jeden Tag trifft im “Point” eine Vielzahl von Kulturen aufeinander und beweist, dass der Verein zur Förderung internationaler Jugendarbeit eine gelungene Arbeit leistet. In diesem Jahr z.B. treffen hier Albaner, Deutsche, Libanesen, Türken, Vietnamesen und andere ohne besondere Probleme zusammen und pflegen einen friedlichen Umgang miteinander, an dem so mancher Erwachsene sich ein Beispiel nehmen könnte.

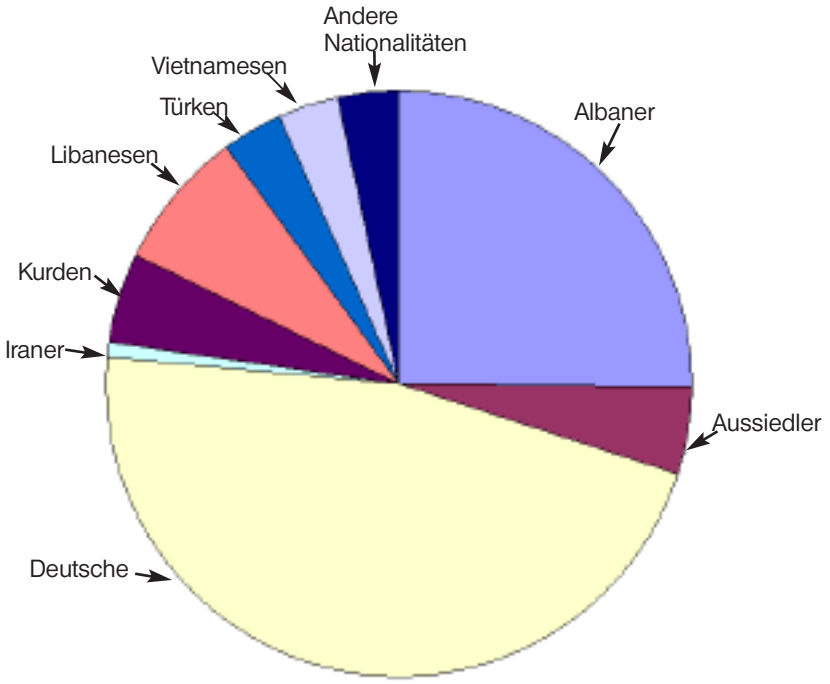
Aber wie so oft gibt es auch im “Point” eine Kehrseite der Medaille, der der Verein sich stellen muss, z.B. im Bereich der Mitarbeiter. Neben einer fest angestellten Halbtagskraft gibt es im “Point” vier 1,50 Euro-Kräfte, darunter eine Erzieherin, die den pädagogischen Bereich abdeckt. Diese Maßnahmen sind jedoch befristet, so dass alle zehn Monate die Frage aufkommt, wie es weitergehen soll. In diesem Jahr wird es im August wieder soweit sein. Derzeit laufen Verhandlungen mit der Stadt und der Arbeitsagentur, um dieser Problematik künftig aus dem Wege gehen zu können.

Nicht nur für eine dauerhafte Gewährleistung der Jugendarbeit im “Point” wäre dies von großem Vorteil, auch für die Kinder und Jugendlichen wären kontinuierliche Ansprechpartner pädagogisch sinnvoll.

Jürjens wurde der Einstieg nicht leicht gemacht, denn nach dem Tod von Albert Friedel ist sehr viel Arbeit vor allem im Verwaltungsbereich liegen geblieben, die “nebenbei” zügig aufgearbeitet werden muss. Am Anfang musste der neue Vorsitzende Tag für Tag vor Ort sein, musste Antworten auf Fragen finden, die ihm keiner mehr geben konnte.

Jürjens selbst als früherer Jugendamtsleiter hat wohl nicht damit gerechnet, welche Probleme einen erwarten, wenn man auf einmal auf der anderen Seite des Tisches sitzt und sich fragt, wie man einen der wenigen Jugendtreffpunkte in Wilhelmshaven am Leben erhalten soll - mit einem so knapp kalkulierten Budget. Er muss sich jetzt wohl selber eingestehen, dass die damals von ihm geforderten Einsparungen gar nicht umsetzbar sind. Diese Erfahrung wird den neuen Vereinsvorsitzenden stark motivieren, weiterhin das Beste für unsere Kinder und Jugendlichen im multikulturellen Zentrum für Jugendarbeit zu tun. ❑

Point der Nationen



Point-Besucherstatistik Juni 2005 bis Mai 2006. In diesem Zeitraum besuchten insgesamt 5981 junge Leute das Point. Fast die Hälfte (2769 = 47%) der Point-NutzerInnen sind Deutsche, gefolgt von albanischen Jugendlichen (1513 = 25%). 5% der BesucherInnen stammen aus Aussiedlerfamilien (283), beinahe genauso viele (296 = 5%) gaben Kurdisch als Nationalität an. Sonstige Nationalitäten: Iraner (50 = 1%), Libanesen (473 = 8%), Türken (193 = 3%), Vietnamesen (201 = 3%), andere Nationalitäten, z.B. Bosnier, Ex-Jugoslawen, Chinesen, Griechen, Polen, Russen, Iraker (203 = 3%).

Rechtschreibwerkstatt
Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

WALLI
WählerInnengemeinschaft für Wilhelmshaven
Öffentliche Treffen der *WALLI:*
Jeden 1. Dienstag im Monat
um 19.30 Uhr
im “Kreuzelwerk”
WALLI
Wilhelmshavener Alternative Liste
Tel./Fax: 04421 879249
E-Mail: w.alli@web.de
Internet: walli-whv.de

Ratssplitter

vom 14. Juni

Schiedsrichter-Assistentin: Imke Zwoch

Besonders interessante Fußballspiele am frühen Abend beschleunigen erfahrungsgemäß die Diskussion und Entscheidungsfindung im Ratssaal. Leider spielte Deutschland an diesem Abend erst um 21 Uhr. So blieb das Rats-Finale vor der Sommerpause ein zähes, fantasieloses Gekicke, gespickt mit einigen Fouls und Eigentoren. Schieri Norbert Schmidt hat das Ganze zwar wieder souverän gepfiffen, meine Hand zuckte aber gelegentlich zur gelbroten Karte.

✻ Verlängerung

Der Nahverkehrsplan der Stadt Wilhelmshaven wurde erstmals 1998 verabschiedet, mit einer gesetzlichen Laufzeit von fünf Jahren. "Aufgrund fehlender Ressourcen" schaffte man es nicht, ihn 2003 fortzuschreiben. So ging die alte Fassung in die erste Verlängerung. Bis zum 30. Juni dieses Jahres sollten die Stadtwerke die Überarbeitung erledigt haben. Statt dessen wird aber nun ein externes Büro in die Bresche springen und einen gemeinsamen Plan für die Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade erarbeiten. Bis der regulär in Kraft tritt (2008), wird der Plan von 1998 nochmals verlängert.

Die viele Arbeit im Rathaus und bei den städtischen Töchtern ist kaum noch zu schaffen. Trotzdem schlug der neue externe Sparberater der Stadt unlängst vor, weiter Personal abzubauen. Vermutlich werden dann weitere Aufgaben an Unternehmen vergeben, die nicht an öffentliche Tarifverträge gebunden sind. Die verbleibenden städtischen Beschäftigten müssen, neben der verdichteten Arbeit, die externen Projekte natürlich trotzdem vorbereiten und begleiten. So dreht die Stadt fleißig an der Schraube mit, die den Druck auf die Arbeitnehmer erhöht.

Der Rat stimmte diskussionslos einstimmig für das eingangs beschriebene Procedere beim Nahverkehrsplan.

✻ Steilvorlage

Aus dem "Zukunftstdialog Stadtumbau Wilhelmshaven" haben sich eine Menge Handlungsansätze ergeben. Wo soll man da anfangen? Ohne Zuspiel aus der Städtebauförderung des Landes und dem EU-Strukturfond geht nix, und das fordert eine sorgfältige Analyse und Prioritätensetzung.

Den Stadtteilen Siebethsburg und Fedderwardergroden täte eine Aufwertung gut. Da laufen jedoch bereits Förderungen (2,4 bzw. 0,8 Mio Euro), in F'Groden ist zudem der erforderliche Kooperationspartner abgesprungen. In beiden Fällen spricht auch der hohe Anteil an Modernisierungsbedarf im Wohnungsbestand gegen eine EU-Förderung.

So entschied man sich einstimmig für das Vorrangprojekt Jadestraße / Wiesbadenbrükke, längs der Achse zwischen Nordseepassage und Banter Seedeich. Hier wurden nicht mehr funktionsgerechte bauliche Anlagen, wenig genutzte Grundstücke und mangelhafte Infrastruktur ermittelt. Die Kooperation mit den Eigentümern ist gegeben.

Und jetzt Obacht: Die vierte Option in der Beschlussvorlage galt der Südzentrale. "Hoher Handlungsbedarf in den Bereichen Umnutzung von Gebäuden in für die Gesamtstadt wichtiger Lage." Aber: "Der wichtigste Partner für diese Stadtumbaumaßnahme kooperiert nicht." Und: "Wegen der attraktiven Lage zwischen maritimer Meile und Südstrand sind die Chancen einer Umnutzung auch ohne öffentliche Unterstützung hoch". Deshalb "werden diesem Bereich kaum Chancen im Aufnahmeverfahren eingeräumt." Was darf man diesem Rumgeeiere entnehmen? Betrachten wir es mal positiv: Hier ist von Umnutzung der Gebäude die Rede, nicht von Abriss. Die Attraktivität wird an touristischen Eckpunkten festgemacht, nicht am Hafengewerbe. Widersprüchlich: Potenzielle Investoren sind derzeit nicht kooperativ, trotzdem soll es ohne öffentliche Zuschüsse gehen. Im Konzept zum Erhalt der Südzentrale, das Fachleute unlängst vorlegten, steht aber genau, wie man an öffentliche Zuschüsse zur Umnutzung des Baudenkmals rankommt. Trotzdem: Dass das umstrittene Objekt – von BürgerInnen geliebt, von Entscheidungsträgern verschmäht – aus den Schubladen in die Vorlage gewandert ist, werten wir mal als gutes Zeichen. Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.

✻ Ausputzer

"Mit einigen Gegenstimmen" (Schieri Schmidt) beschloss der Rat, die neue Pflasterung der Marktstraße im Bereich zwischen Mozart- und Grenzstraße fortzusetzen. Knapp 300.000 Euro sollen Tiefbauarbeiten und Beleuchtung kosten. Die Opposition mäkelte ein bisschen, dafür habe die Stadt "zum jetzigen Zeitpunkt" (aber wann dann?) nun wirklich kein Geld, weshalb auch schon beim ersten Bauabschnitt Bedenken bestanden. Schmidt konterte als Mannschaftskapitän des Bauausschusses, man könne da "nicht mittendrin stehen bleiben". Da hat er irgendwie Recht: So halb fertig sieht das aus, als sei den Spielern mitten im Lauf die Puste ausgegangen. OB Menzel erinnerte an die Zusage an den Einzelhandel, nach Einrichtung der Nordseepassage auch die Marktstraße aufzuwerten. Neumann meinte, man müsse erst was investieren, ehe man Geld verdienen könnte. Professor Reuter, Trainer der schwarzen Elf, hielt diese "Wirtschaftsvorlesung" für falsch: Es sei ja nicht mal Geld da, um in Schulen zu investieren.

Einig war man sich, dass man die Sache mit den rabiaten Kehrmaschinen in den Griff bekommen muss, die zwar die Kaugummis nicht von den Steinen pulen, dafür aber den Sand aus den Pflasterfugen.

✻ Fallrückzieher

In der letzten Sitzung gab es Gerangel um den erneuten Verkauf der ehemals städtischen Wohnungsbaugesellschaft Jade. Sollte die Stadt bei dem Vertrag zwischen Cerberus (Verkäuferin) und Babcock & Brown von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen? Gab es, im Interesse von Mietern und Beschäftigten der Jade, dazu einerseits einen Anlass und andererseits überhaupt eine Möglichkeit? Die Verwaltung hat sich auftragsgemäß mit dem Erwerber zusammengesetzt und folgende Ergebnisse erzielt:

Alle bisherigen Rechte und Verpflichtungen sind auch weiterhin "vollinhaltlich" zu beachten. Die Schutzfrist zur Begrenzung von Mieterhöhungen wird bis zum 13.7.2009 verlängert, die Schutzfrist für betriebsbedingte Kündigungen von Beschäftigten bis zum 1.1.2010. Im Falle von Vertragsverletzungen setzt man auf das Haftungspotenzial der Käuferin ("börsennotiert und solvent"). Sicherheitshalber soll das alles vom Notar beurkundet werden. Unter diesen Umständen entschied der Rat einstimmig, auf das Widerspruchsrecht zu verzichten.

✻ Nachgetreten

Trotzdem verlangte FDP-Sturmspitze Michael von Teichman von jenen, die beim letzten Mal mit einer Resolution den Ball ins Rollen brachten, sich bei Mietern und Mitarbeitern zu entschuldigen, die dadurch "in Angst und Schrecken versetzt" worden seien. Neumann entgegnete, man habe in den Verhandlungen "viel erreicht". Und dass die WZ behauptete, die Stadt hätte beim Verkauf sowieso nix zu melden, sei "dummes Gequaddel". BASU-Linksverteidiger Joachim Tjaden gab abschließend zu bedenken, hinsichtlich betriebsbedingter Kündigungen gäbe es "Mittel und Wege", die erzielten Vereinbarungen zu umgehen.

✻ Penalty shootout

Das niedersächsische Innenministerium hat der Stadt Vorgaben gemacht, die zur Genehmigung des Haushaltes 2006 unbedingt eingehalten werden müssen. Bezüglich der Liquidität ist festgelegt, dass die Stadt maximal 55 Mio. Euro ausgeben darf, ab 48 Mio. ist jedoch eine Einwilligung des Ministeriums erforderlich. Für die städtische Tochter WEB liegen die Grenzen bei 7,5/ 6,0 Mio. Euro, für die SGB bei 3,0 / 2,4 Mio.

Formal muss der Rat den Beitritt zu dieser Haushaltsgenehmigung beschließen. Obwohl es keine Alternative zum Beitritt gibt (außer der Nichtgenehmigung des Haushaltes), wurde diese Begegnung über die Verlängerung hinaus bis zum Elfmeterschießen ausgedehnt. Die üblichen Bedenkenträger hatten wie immer schon geahnt, wo die Probleme liegen würden. Und die bekannten Schönredner hatten für alles eine Begründung. Wir verweisen hierzu auf die Haushaltsreden 2005, 2004, 2003 ff.

✻ Freistoß

Gleich mehrfach vergriff sich CDU-Ratsherr Möhle bei der Verlesung von Beschlussvorlagen. Nicht etwa in der Wortwahl, sondern schlichtweg in dem Zettelhaufen auf seinem Tisch. Zu seiner Entlastung sei gesagt, dass die Ratskollegen einige Sätze lang unbeirrt lauschten, bis der Groschen fiel und der Erste ihn in die Seite stupste. Schieri Schmidt gab dem Ärmsten beim nächsten TOP einen Freistoß: "Haben Sie die richtige Beschlussvorlage, Herr Möhle?"

✻ Auswärtsspiel

Bei fünf Enthaltungen beschloss der Rat, neben den Landkreisen Friesland und Wittmund auch der Wesermarsch eine gleichberechtigte Partnerschaft in der WFG (Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH) anzubieten. Die Aufsichtsratssitzungen sollen zukünftig bestimmte Themenschwerpunkte erhalten. Gute Idee.

✻ Anstoß

Weder um Fuß- noch um Basketball ging es bei Tjadens Anfrage bezüglich der NBA. Er

wollte wissen, warum die Neubürgeragentur erst mit einem halben Jahr Verspätung ihre Arbeit aufgenommen hat, ob sich das auf Laufzeit und Kosten auswirkt und wie die Erfolge ermittelt und bewertet werden. Der Sepp Blatter des Rates beantwortete die Kleine Anfrage persönlich: Die Verhandlungen mit dem Eigentümer der Nordseepassage über die Räumlichkeiten, unter Berücksichtigung weiterer Mieter, zogen sich etwas hin, erklärte OB Menzel. Auf die Kosten und die zeitliche Begrenzung des Pilotprojektes von 12 Monaten hat das keinen Einfluss. Die Ergebnisse werden an Hand von Kennzahlen ermittelt wie im Vorzeigeprojekt Bremen (Art und Häufigkeit von Kontakten und Beratungen, Zugriffe über das Internet). Der monetäre Erfolg ergibt sich daraus, dass die Stadt pro Einwohner und Jahr Zuwendungen aus dem Länderfinanzausgleich erhält sowie steuerliche Mehreinnahmen (Lohnsteuer). Die Bewertung der Erfolge und die Entscheidung über die Fortführung der NBA liegen beim Rat der Stadt.

✻ Fehlpass

Tjaden erkundigte sich nach dem Ankauf einer Fläche im Stadtnorden durch die Stadtwerke. Das hatte folgenden Hintergrund: Derzeit gibt es Gerangel darum, ob für den Voslapper Groden umgehend die Bauleitplanung erstellt werden soll oder nicht. Der Groden ist erst Anfang Juni als Naturschutzgebiet ausgewiesen und der EU als Vogelschutzgebiet gemeldet worden. Und eigentlich soll erst der neu entstehende Hafengroden mit Gewerbe voll gemacht werden, bevor das Hinterland in Anspruch genommen wird. Das Land, wesentlicher Geldgeber für den JadeWeserPort, ist gar nicht entzückt über den städtischen Vorstoß. Die Stadt behauptet, bestimmte Investoren würden Planungssicherheit fordern. Erstens sind die aktuellen Investitionsvorhaben (WRG, INEOS) aber gar nicht von dem Schutzgebiet berührt. Und zweitens sind zukünftige Planungen gerade durch die Schutzgebietsausweisung gesichert, denn nur so lässt sich eine Umnutzung korrekt abwickeln.
Tjaden wollte also den eigentlichen Grund für die überstürzte Reaktion der Stadt erforschen. Nach Menzels Darstellung handelt es sich um knapp 1 Mio m², deren Erwerb durch Verkauf refinanziert werden soll. Die Vermutung, dass die Stadtwerke nun Druck haben, die Fläche auch loszukriegen, wurde bei einer Podiumsdiskussion zur Kommunalwahl nicht in Abrede gestellt.

✻ U19 im Abseits

Die allseits bekannte wie traurige Tatsache, dass jugendliche Schulabgänger in der Stadt und der Region kaum Aussicht auf einen Ausbildungsplatz haben, packte das rot-grüne Team in eine "Kleine Anfrage" an den OB. Weil nach dem Anpfiff der Sitzung gerügt wurde, dass die Presse behauptet, bestimmte Themen hätten so kurz vor der Kommunalwahl populistische Tendenzen, sage ich jetzt nicht, dass das Thema Jugendarbeitslosigkeit so kurz vor der Wahl Jungwähler ansprechen soll.
Ist ja auch alles richtig, was in der "Anfrage" steht: Dass das Defizit zwischen nachgesuchten und angebotenen Ausbildungsplätzen sich seit dem Vorjahr etwa verdoppelt hat. Dass die Warteschleifen in den berufsbildenden Schulen rappelvoll sind. Und gerade jetzt geburtenstarke Jahrgänge auf den Ausbildungsmarkt drängen. Was die "SPD-Fraktion ... aus Gesprächen mit Fachleuten erfahren" hat, lässt sich allerdings auch durch Lektüre geeigneter Medien ermitteln.
Jetzt kommt die programmatische Aussage ins Spiel: "Die SPD hält ... zusätzliche Anstrengungen der Wirtschaft in Form von weiteren Ausbildungsplätzen" (wie sonst) "auch in der betriebsübergreifenden Ausbildung" (da war doch mal was?) "für erforderlich. Von den Schulen erwartet sie neue, praxisorientierte Ausbildungsangebote, damit jeder Jugendliche eine seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung absolvieren kann."
Was gemerkt? Die eingangs in der Aufstellung benannten grünen Mitspieler, vertreten durch Rückraum-As Marianne Fröhling, blieben im weiteren Verlauf des Spiels auf der Ersatzbank.
Nun ging's aber in die Offensive. Da wurde auf Standardsituationen aufgebaut: "In diesem Zusammenhang sind auch die Chancen, die sich aus der Realisierung des JadeWeserPorts ... ergeben, zu nutzen."
Fehlt da nicht noch was? Richtig: In einer "Kleinen Anfrage" sollte man auch Fragen stellen. Da schwitzten die Verfasser sich zusammengefasst Folgendes aus dem Trikot: Wie die Verwaltung die geschilderte Situation beurteilt? Welche Maßnahmen zur Verbesserung sie für erforderlich hält? Insbesondere was den JadeWeserPort betrifft? Und ob die Einrichtung eines runden Tisches mit Kreishandwerkerschaft, Wirtschaftsverband, Berufsschulen etc. zur Lösung beitragen könne? Gute Güte – muss man erst so lange im eigenen Strafraum rumdribbeln, bevor man das Ei zum Elfmeterpunkt trägt? Warum nicht gleich ein Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, einen runden Tisch in die Wege zu leiten? Reichte die Zeit beim Aufwärmtraining nicht? Oder hatte die rote Elf Angst vor einem Eigentor, wenn sich rausstellt, dass der runde Tisch ein Freundschaftsspiel ohne Aufstiegschancen bleibt?
Schlussmann Jens Lehmann-Stoffers nahm den Rückpass gewohnt nervenstark an. In seiner achtseitigen Antwort lieferte der Sozialdezernent im Wesentlichen Details zu den Problemen und Lösungsmöglichkeiten, die Neumanns Team umrissen hatte. Am Ende war er Vorbereiter für das Golden Goal: Die Einrichtung eines "Runden Tisches", um "verschiedene Akteure am Arbeitsmarkt zu einem aufeinander abgestimmten Integrationssystem zur Förderung von Jugendlichen in Arbeit oder Ausbildung miteinander ins Gespräch zu bringen", sei – wen überrascht es? – "zu begrüßen." Wer jetzt das Runde ins Eckige bringen soll, ließ er dabei offen.

Damit entlassen wir unsere Athleten in die mehr oder weniger verdiente Sommerpause und sind gespannt auf das Pokalfinale um die meisten WählerInnenstimmen im September. ❑

WASG
Die Wahlalternative
Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421- 46 68 36
www.wasg-whv.de

Mütter Zentrum
Werftstr. 45
Tel. 506 106

Der
Secondhand-Shop für Mutter und-Kind
sucht

❍ Erstlingswäsche
❍ Kinderbekleidung in allen Größen
❍ Damenbekleidung

Ihre Spende für einen guten Zweck

Öffnungszeiten
Café MüZe:
Montag - Freitag
9.30 - 13.30 Uhr

Meine liebe Theda,

seit Du Deinen Kuddel geheiratet hast und mit ihm durch die Weltgeschichte segelst, weißt Du gar nicht mehr, was hier so los ist. Jedenfalls hast Du an meinen Geburtstag gedacht, hab mich über die Karte aus Trinidad ganz doll gefreut.

Und nun stell Dir mal vor, an dem Abend hat auf dem Rathausplatz ne richtig große Trachtenkapelle gespielt! Fand ich ja total nett von der Stadt, dass die sich so was Tolles für mich ausgedacht haben zu meinem Geburtstag. Aber das war ne Marineband, und du weißt ja, Militär und Krieg find ich doof und ist gar nicht meine Musik. Die hätten mich mal besser vorher fragen sollen, dann hätte ich mir was anderes ausgesucht, ne Punkband oder so.

Aber Mama sagt doch immer, wir sollen höflich sein, also bin ich da hin und wollte mich mal eben bei dem Menzel bedanken und mich entschuldigen, dass ich mir das nun nicht anhöre.

Wie ich vorm Cityhaus angekommen bin, standen da paar Freunde von mir mit nem Transparent, also einem Spruchband, wo draufstand, dass die sone Musik auch nicht gut finden. Mit denen hab ich bisschen geklönt. Als dann alle Zuschauer auf dem Rathausplatz waren, sind die mit dem Transparent losgezogen nach Hause. Weil das Konzert bald anfangen sollte, musste ich nun schnell da rein, um noch mit dem Menzel zu reden. Da standen aber am Eingang paar Uniformierte, und der Anführer, son Langer, hat gesagt, ich darf da nicht rein, weil ich mich ja mit den Leuten mit dem Transparent unterhalten habe. Der dachte echt, ich will Krawall machen auf dem Platz. Und das sollte doch alles einen friedlichen Eindruck machen. Also so Militär sieht ja eigentlich gar nicht friedlich aus, aber die vom Staat tun ja immer so als ob. An dem Abend war das Fernsehen auch noch da, und da ist son friedlicher Eindruck besonders wichtig.

Jedenfalls hatte der Lange wohl Angst, dass ich denen das ganze schöne Bild versaue. Hab ich ihn gefragt, ob ich irgendwie gewalttätig aussehe. (Weißt ja, ich bin immer noch son schmales Hemd, obwohl Oma immer so lecker kocht.) Nee, sagt der Anführer, aber ich könnte ja laut brüllen. Und ob ich jetzt mit ihm diskutieren will. Nee, hab ich gesagt, mit Ihnen ganz bestimmt nicht. Ich kenn solche Typen von Demos gegen Nazis oder Atomkraftwerke. Die so ganz wichtig tun, haben immer am wenigsten Ahnung.

Ich hatte auch gar keine Zeit, mit dem zu reden, weil ich ja endlich zu Menzel musste. Also bin ich an einen anderen Eingang. Da standen auch so Aufpasser, aber die sahen viel netter und schlauer aus. Waren auch gemischt, also auch Polizisten. Trotzdem dachte ich, gehste mal auf Nummer sicher. Hab ich die also erstmal gefragt, was fürn Konzert das denn ist. Das fanden die lustig, Konzert ist gut, sagt der eine. Dann ham die mir aber erklärt, dass das ein Zapfenstreich ist und die den deshalb machen, weil die Marine 50. Geburtstag hat. Ach so, hab ich gesagt und gefragt, ob das Eintritt kostet. Da mussten die netten Aufpasser wieder lachen und haben gesagt, nee, ich kann da so durchgehen. Der eine meinte aber noch, das lohnt sich gar nicht. Ich soll mal lieber noch bisschen mit dem Rad durch die Gegend fahren, war ja son richtig lauer Abend. Ich bin dann aber eben kurz gucken gegangen.

Da stand also die Kapelle vor der Rathaustreppe, mit Flöten und Trommeln und so. Daneben standen welche mit Fackeln in der Hand. Und ich hab mich schon gewundert, warum ich im Baumarkt fast keine mehr gekriegt hab für meine Gartenparty. Wenn die auch erst abends um halb elf anfangen mit ihrer Marschmusik, brauchen die natürlich Licht, damit sie die Töne auch treffen.

Ganz hinten stand ne Reihe Jungs im Matrosenanzug. Und gegenüber, auf einem Podest, standen der Menzel und noch zwei andere. Waren vielleicht so als Cheerleader gedacht, ham wir doch mal im Fernsehen beim Football gesehen, die Deerns, die immer gute Stimmung machen sollen. Aber die auf dem Podest konnten das gar nicht richtig, hatten auch keine solche Röckchen an und haben auch nicht mit Stangen rumgefuchtelt. Die standen da stocksteif, alle drei.

Und mittenmang lief immer einer rum und brüllte dazwischen. Hab ich mich gewundert, dass die den reingelassen haben. So laut könnte ich im Leben nicht brüllen und trotzdem hat der Aufpasser den reingelassen und mich nicht. Das fand ich denn schon ungerecht.

Da bin also wieder zurück zu den netten Aufpassern und hab denen gesagt, dass sie Recht haben, das ist echt voll langweilig. Und dass ich jetzt gucken geh, ob Angola doch noch ein Tor geschossen hat. Die haben nämlich an dem Abend gegen Portugal gespielt. Das fanden die Aufpasser auch viel interessanter als die Trachtenkapelle und haben gleich nachgefragt, wie es denn stand, als ich losgefahren bin. Hab ich ihnen gesagt, dass Portugal 1:0 führt. Dann haben wir uns noch einen guten Abend gewünscht und ich bin los.

War ich jedenfalls froh, dass die den ganzen Aufwand gar nicht für mich gemacht haben. Das kostet ja alles furchtbar viel Geld. Die Militärkapelle und das Ballett wird extra aus Berlin eingeflogen und dann die ganze Bewachung und so. Und das zahlt ja nicht die Rüstungsindustrie, obwohl die das eigentlich als Werbungskosten absetzen könnten. Sondern das zahlt zum Beispiel auch Oma, und die schimpft immer wie ein Rohrspatz, wenn die nur ne Uniform sieht, nach all dem, was sie im Krieg so erlebt hat.

Oma hat an dem Abend natürlich Fußball geguckt, ich glaub, die hat noch kein Spiel von der Weltmeisterschaft verpasst. Portugal hat dann gewonnen und als Oma im Bett war, hab ich umgeschaltet auf das Programm, wo sie den Zapfenstreich gefilmt haben. Da hab ich auch kapiert, warum die Zuschauer nicht so dicht dran durften wie die Kamera. Ich glaub nämlich jetzt, die waren alle gar nicht echt. Der eine Typ, der da von Rechts wegen gar nicht reingedurft hätte, brüllte gerade: Helm ab zum Gebet! Da zogen die Ballett-Soldaten alle gleichzeitig ihren Helm runter und hielten ihn vor die Brust, alle genau gleich. Das sah aus wie in dem Computerspiel von unserm Neffen, da sehen die Figuren ja auch aus wie echt und dann hat Enno uns doch erklärt, dass man das animiert nennt. Wahrscheinlich spart das ganz schön Geld, wenn die keine echten Soldaten nehmen, sondern so animierte.

Dann standen die Animateure da ewig mit dem Helm vor der Brust und die Kapelle spielte ein Lied, wo der Fernsehsprecher sagte, das heißt: Ich bete an die Macht der Liebe. Da war ich froh, dass Oma schon im Bett war. Wenn die das gehört hätte, dass da welche mit Gewehren und Uniform stehen und das was mit Liebe zu tun haben soll, hätte sie wieder das Bild rausgeholt von 1941, wo Opa im Matrosenanzug steht, und danach hat sie ihn ja nie wiedergesehen, und dann hätte sie wieder so doll geweint.

Der Menzel war aber wohl echt. Und um den hab ich mir richtig Sorgen gemacht. Am Ende ham sie noch die Nationalhymne gespielt und da hat er sich die ganze Zeit ans Herz gefasst, so wie Oma, wenn sie zu schnell die Treppe hoch ist. Der Menzel stand schon ne knappe Stunde auf dem Podest und konnte nicht einfach weggehen und sich irgendwo hinsetzen, weil ja alle zugeguckt haben. Ich dachte, gleich kippt der aus den Latschen. Die Ballettsoldaten üben das ja den ganzen Tag mit dem langen Stehen, und trotzdem fällt da immer mal wieder einer um, hab ich gelesen in sonem Buch über "Militärrituale". Den umgefallenen Soldaten ziehen sie dann nach hinten weg und stellen einen neuen dahin, damit man kein Loch in der Reihe sieht. Aber wenn son Oberbürgermeister umfällt, da hat man ja nicht immer gerade einen in Reserve. Hätte man sich vielleicht noch den Böhling ausleihen können von Schortens, aber der ist ja viel größer und dünner als der Menzel und das wär dann schon aufgefallen.

Der Menzel ist dann aber doch bis zum Schluss nicht umgekippt und als er endlich in sein Auto stieg, war ich ganz schön erleichtert.

Am Schluss hat dann eine vom Fernsehen noch mit sonem ganz hoch Dekorierten über die Vorführung gesprochen, so wie der Delling immer mit dem Netzer. Der sollte auch sagen (der Offizier, nicht der Netzer), wie er die Leute mit dem Transparent fand. Da hat der gesagt, denen müsse nur mal einer richtig erklären, dass son Zapfenstreich eigentlich so was ist wie ne Veranstaltung von der Friedensbewegung. Oder so ähnlich.

Ich fand das nicht. Wie ich die so gesehen hab mit den Gewehren und die haben so voll animiert alles gemacht, was der eine da gebrüllt hat, hab ich richtig Angst gekriegt. War froh, als das alles um war.

Du siehst, hier ist immer was los. Wird auch dauernd alles moderner. Vor allem tun sie endlich was dagegen, dass die Wilhelmshavener immer weniger werden. Stell Dir vor, in der Nordseepassage gibt es jetzt eine Neubürgeragentur. Das funktioniert so: Wenn zum Beispiel einer aus Oldenburg kommt und da bummeln geht und so zufällig in die Agentur reinstolpert, kriegt er da erklärt, wie schön das hier ist. Dann kann er sofort ein Baugrundstück oder eine Wohnung kriegen und sein Auto ummelden und gleich hier bleiben. Voll praktisch.

Damit die Neubürger einen guten Eindruck kriegen, muss das ringsrum schön ordentlich aussehen. In der Marktstraße haben sie doch neu gepflastert, und da machen sie immer so tüchtig sauber, dass gleich der ganze Sand zwischen den Steinen rausgefegt wird. Nun ist das schöne neue Pflaster schon wieder ganz schief, aber fein sauber isses. Nur die festgetretenen Kaugummis kriegen sie nicht ab. Wenn da also einer mit nem Kaugummi im Mund in die Neubürgeragentur reinspaziert kommt, den nehmen sie gar nicht erst.

Die vielen Neubürger, also die ohne Kaugummi, wollen dann erstmal einen Spaziergang ans Wasser machen. Damit die auch alle Platz haben, hat die Stadt jetzt den schmalen Weg zur Deichbrücke und die Grünanlage ringsrum weggemacht und eine maritime Allee daraus gemacht. Das erkennt man daran, dass alles gepflastert ist mit einem blauen Strich in der Mitte.

So, jetzt muss ich aber Schluss machen.

Bis bald, viele Grüße von
Deiner Schwester
Edda